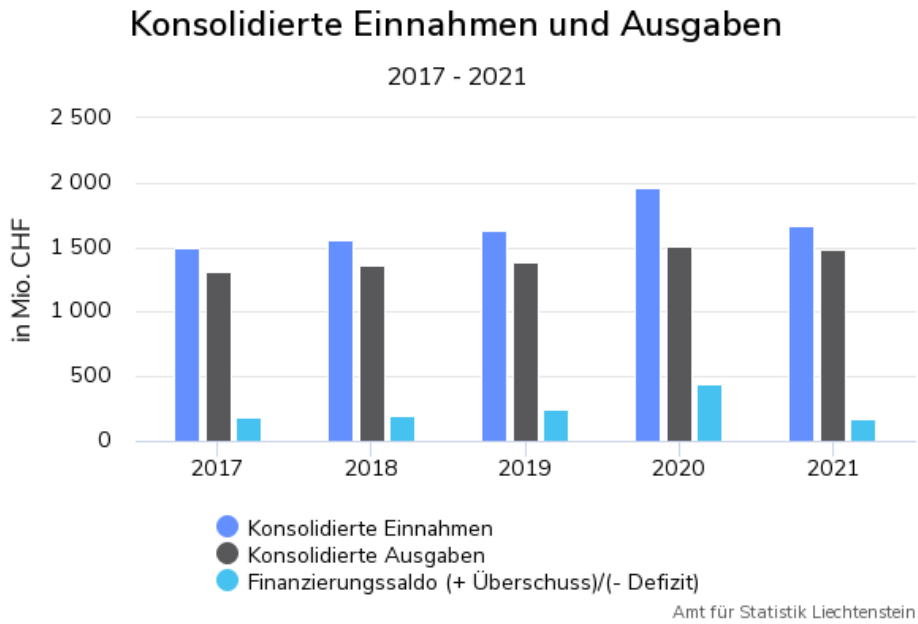
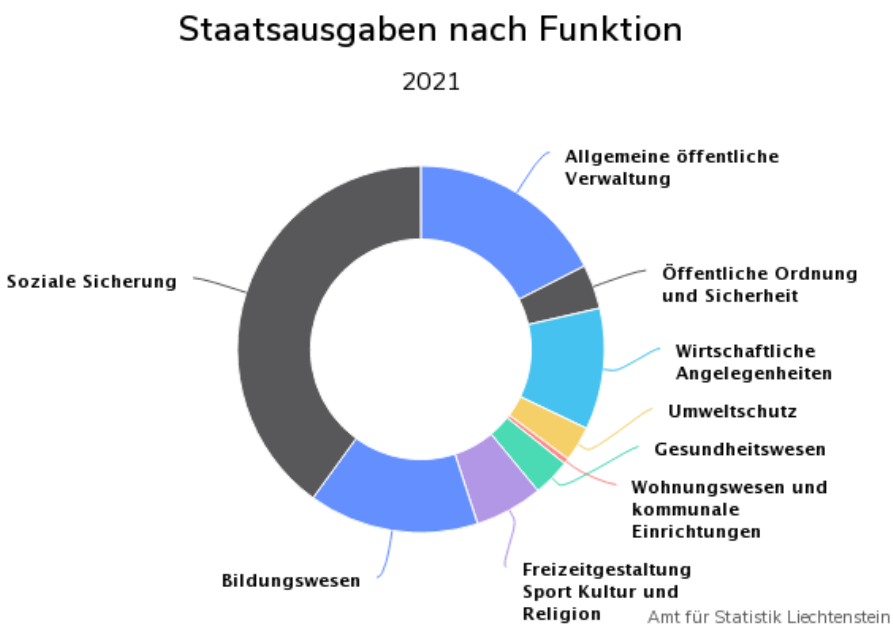


Nach Spezialjahr 2020 zurück zur «Normalität»

Die nicht konsolidierten Staatsausgaben gingen im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 10.9% oder CHF 205.8 Mio. auf insgesamt CHF 1'677.5 Mio. zurück. Ein deutlicher Rückgang war bei den sonstigen laufenden Ausgaben (CHF -219.4 Mio. bzw. -41.0%) zu beobachten. Die Beitragsleistungen des Staatssektors zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie konnten im Jahr 2021 deutlich zurückgefahren werden, was zum Rückgang bei den sonstigen laufenden Ausgaben führte.

Die nicht konsolidierten Staatseinnahmen 2021 betrugen insgesamt CHF 1'854.2 Mio. und reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 474.6 Mio. (-20.4%). Die Staatseinnahmen lagen somit wieder auf dem Niveau des Fünfjahresmittels von 2017 bis 2021. Ein ausserordentlicher Steueranfall bei den Ertragssteuern von rund CHF 300 Mio. hatte im Jahre 2020 zu den nicht budgetierten Mehreinnahmen geführt.



Corona-Hilfen konnten reduziert werden

Insgesamt CHF 576.7 Mio. oder 34.4% der Ausgaben des Staates entfielen auf die Sozialleistungen. Die nächstgrösseren Positionen waren das Arbeitnehmerentgelt mit CHF 362.6 Mio. und die sonstigen laufenden Ausgaben mit CHF 315.9 Mio. Der Anteil des Arbeitnehmerentgelts belief sich auf 21.6% und der Anteil der sonstigen laufenden Ausgaben auf 18.8% der gesamten Ausgaben des Staates. Wobei in den sonstigen laufenden Ausgaben vor der Konsolidierung u.a. noch sämtliche innerstaatlichen Transfers enthalten sind. Die Vorleistungen mit einem Anteil von 14.6% an den Staatsausgaben beliefen sich auf CHF 244.1 Mio. und die Investitionsausgaben mit einem Anteil von 4.9% auf CHF 82.3 Mio.

Die Vermögenstransferausgaben blieben 2021 praktisch unverändert (+4.1% bzw. CHF +0.8 Mio.). Sie betrugen CHF 20.2 Mio. (1.2% der Staatsausgaben). Deutlich zugenommen haben die Subventionen (+34.3% bzw. CHF +19.0 Mio.). Sie betrugen CHF 74.5 Mio. (4.4% der Staatsausgaben). Die Beitragsleistungen des Staatssektors zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie konnten im Jahr 2021 deutlich zurückgefahren werden, was zum Rückgang bei den sonstigen laufenden Ausgaben führte. Rückgänge wurden bei den sonstigen laufenden Ausgaben (-41.0% bzw. CHF -219.4 Mio.) und bei den Investitionsausgaben (-16.3% bzw. CHF -16.0 Mio.) beobachtet. Der Anteil der sonstigen laufenden Ausgaben an den Staatsausgaben belief sich im 2021 mit CHF 315.9 auf 18.8% und der Anteil der Investitionsausgaben mit CHF 82.3 Mio. auf 4.9%. Die kleinste Ausgabenposition (0.1% der Staatsausgaben), die Zinsen, lagen 2021 mit CHF 1.2 Mio. über dem Vorjahresniveau (+9.1% bzw. CHF +0.1 Mio.).

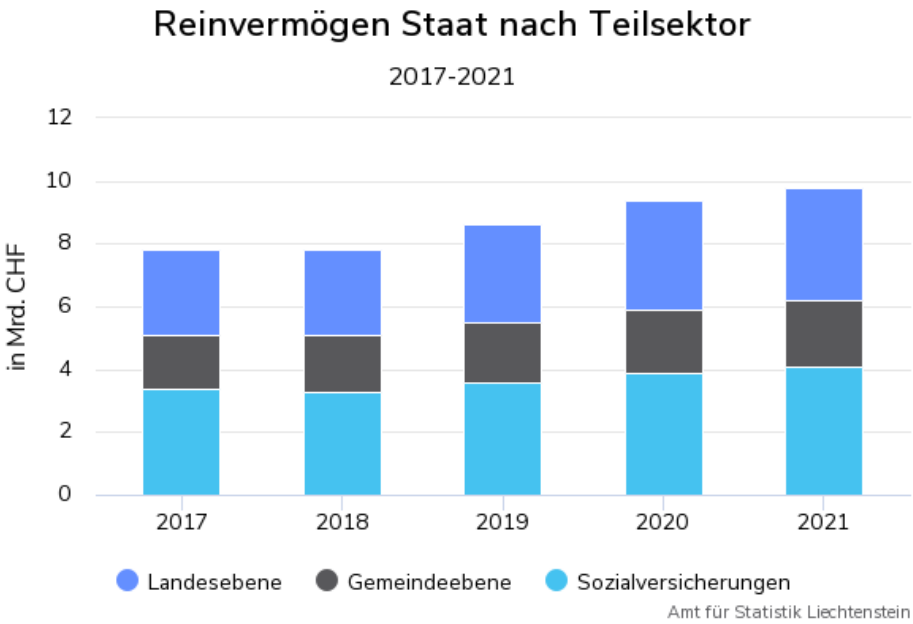
Nicht konsolidiert wurden auf der Landesebene CHF 913.8 Mio. und auf der Gemeindeebene CHF 293.5 Mio. an Ausgaben verbucht. Bei den Sozialversicherungen erreichten die Ausgaben im Berichtsjahr CHF 470.1 Mio. In der Finanzstatistik erfolgt die Konsolidierung zunächst innerhalb der Teilsektoren. So enthalten beispielsweise die konsolidierten Ausgaben der Landesebene noch die Transferausgaben an die Gemeindeebene, jedoch nicht mehr die Ströme innerhalb der Landesebene selbst. Für die Berechnung der konsolidierten Ausgaben des Sektors Staat werden dann auch die Zahlungsströme zwischen den Teilsektoren herausgerechnet.

Rund ein Viertel der Einnahmen fliessen direkt ins Sozialsystem

Im Berichtsjahr stammten 52.3% der Staatseinnahmen aus Steuern. Nach dem einmaligen Steueranfall im Jahr 2020 von rund CHF 300 Mio. bei den Ertragssteuern lagen die Staatseinnahmen 2021 in etwa wieder auf dem Niveau des Mittelwerts der Jahre 2017 bis 2021 von CHF 1'002.0 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Steuereinnahmen 2021 um CHF 302.5 Mio. ab und beliefen sich auf CHF 969.7 Mio.

Die in die Sozialversicherungen einbezahlten Sozialbeiträge bilden einen weiteren wichtigen Bestandteil der Staatseinnahmen. Der Anteil der Sozialbeiträge an den gesamten Staatseinnahmen belief sich 2021 auf 23.1%. Es wurde eine Summe von CHF 428.4 (+1.7% bzw. CHF +7.3 Mio.) an Sozialbeiträgen ins Sozialsystem des Staates einbezahlt. Das Fünfjahresmittel lag hier bei CHF 405.9 Mio.

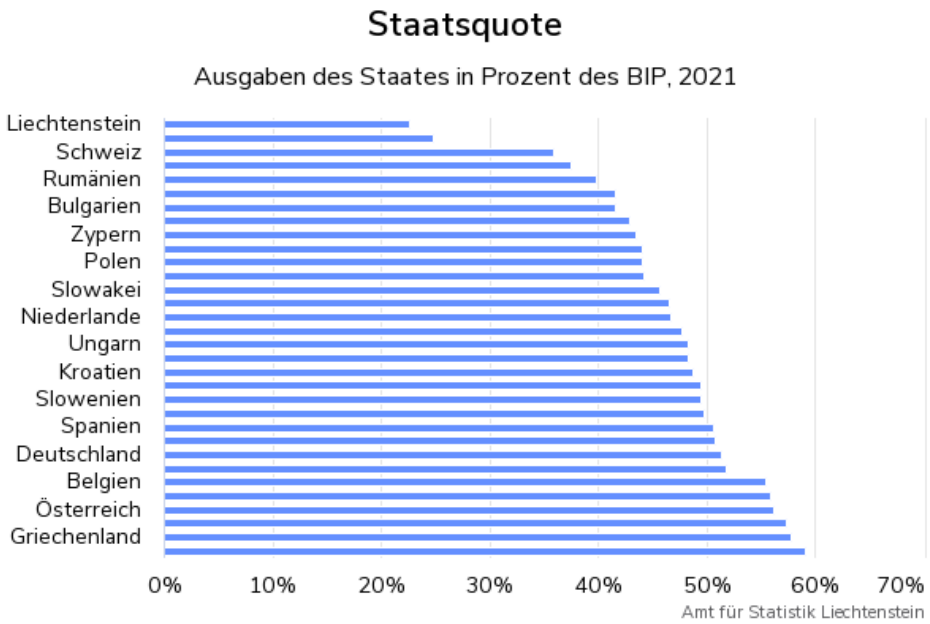
In Liechtenstein ist die Einnahmenart der sonstigen laufenden Einnahmen von spezieller Bedeutung. Die sonstigen laufenden Einnahmen enthalten u.a. die Vermögenserträge des Staates. Der Anteil der sonstigen laufenden Einnahmen lag 2021 bei 17.0% der gesamten Staatseinnahmen. Im Berichtsjahr reduzierte sich diese Einnahmenart auf CHF 314.4 Mio. (-36.9% bzw. CHF -183.5 Mio.). Der Mittelwert der Jahre 2017 bis 2021 bei dieser Einnahmenart belief sich auf CHF 354.3 Mio.



Staatliche Reserven nehmen weiter zu

In der Vermögensbilanz des Staates wurde Ende 2021 das Reinvermögen mit rund CHF 9.8 Mrd. beziffert. 2020 waren es rund CHF 9.4 Mrd. gewesen. Im Jahr 2021 stieg das Reinvermögen gegenüber dem Vorjahr um 4.2% bzw. CHF 389.9 Mio.

41.9% des Reinvermögens des Staates entfielen auf die Sozialversicherungen (+5.8% bzw. CHF +225.5 Mio.), 36.6% waren auf Landesebene (+2.6% bzw. CHF +90.9 Mio.) und 21.4% bei den Gemeinden und Bürgergenossenschaften (+3.6% bzw. CHF +73.5 Mio.) investiert.



Liechtenstein und Irland mit den tiefsten Quoten in Europa

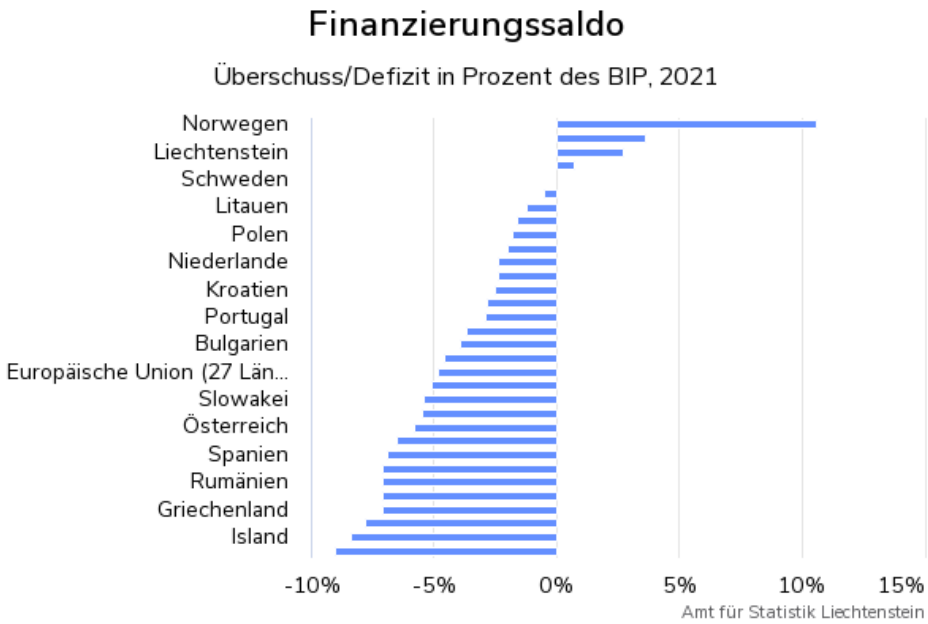
Im Jahr 2021 betrug die Staatsquote Liechtensteins 22.6%. Der Vergleich mit den Nachbarländern Schweiz und Österreich zeigt, dass die Schweiz mit 35.9% die drittniedrigste Staatsquote aufwies und Österreich mit einer Staatsquote von 56.1% im europäischen Spitzenfeld lag. Die höchsten Quoten in Europa wiesen Frankreich mit 59.1% und Griechenland mit 57.7% aus. Die tiefste Quote in der EU wies Irland mit 24.8 % aus.

Staatsquote – Indikator staatlicher Aktivität in einer Volkswirtschaft

Die Staatsquote entspricht den Ausgaben des Sektors Staat in Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Die Staatsquote wird als Indikator für das Ausmass der staatlichen Aktivität in einer Volkswirtschaft betrachtet. Die Bedeutung des Sektors Staat in einer Volkswirtschaft lässt sich an der Höhe seiner gesamten Ausgaben sowie Einnahmen im Verhältnis zum BIP messen. Eine optimale Höhe der Staatsquote lässt sich nicht beziffern.

Die Höhe der Staatsausgaben hängt nicht nur mit der Einwohnerzahl, sondern insbesondere auch mit der Grösse einer Volkswirtschaft zusammen. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Ausgaben der Sozialversicherungen, weil aus der Beschäftigung in Liechtenstein Rentenansprüche gegenüber der liechtensteinischen AHV entstehen. Aber auch andere Staatsausgaben wie Infrastrukturaufwendungen für Verkehrswege und Industriegebiete oder Ausgaben für eine Reihe von Verwaltungstätigkeiten hängen mit der Grösse einer Volkswirtschaft zusammen. Dabei wird die Grösse einer Volkswirtschaft typischerweise anhand des Bruttoinlandsprodukts gemessen, welches ein Mass für die Produktionstätigkeit einer Volkswirtschaft darstellt. Es ist deshalb sachlich gerechtfertigt, die Staatsausgaben in das Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu setzen. Zudem lässt sich nur so eine international vergleichbare Aussage zu den Staatsausgaben Liechtensteins im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung machen.

Das Pendant zur Staatsquote stellt die Fiskalquote dar, welche die Steuern und Sozialabgaben in das Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt setzt. Die Fiskalquote wird in der Steuerstatistik ausgewiesen.



Überschüsse in Norwegen, Dänemark, Luxemburg und Liechtenstein

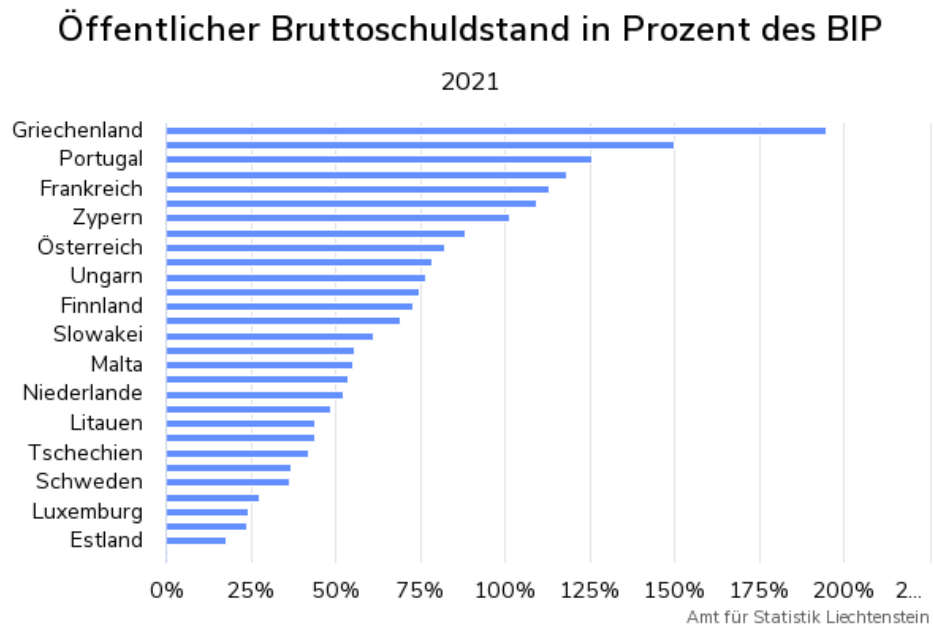
Das öffentliche Defizit im Euroraum als auch in der EU ist im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 zurückgegangen. Gemessen am BIP verringerte sich das öffentliche Defizit im Euroraum von 7.1% im Jahr 2020 auf 5.1% im Jahr 2021 und in der EU von 6.7% auf 4.8%.

In der EU wurden 2021 die höchsten Defizite in Italien (-9.0%) und Malta (-7.8%) und die tiefsten Defizite in Irland (-1.6%) und Litauen (-1.2%) registriert. Luxemburg (+0.7%) und Dänemark (+3.6%) konnten einen öffentlichen Überschuss verbuchen.

Bei den EFTA-Staaten konnte die Schweiz (-0.5%) einen tiefen Defizitwert ausweisen. Island (-8.4%) wiederum belegte mit seinem Defizit einen europäischen Spitzenplatz. Norwegen (+10.6%) und Liechtenstein (+2.7%) verbuchten einen Überschuss.

Finanzierungssaldo - Überschuss/Defizit

Das öffentliche Defizit bzw. der öffentliche Überschuss (Finanzierungssaldo) ist im Vertrag von Maastricht definiert als Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors entsprechend dem ESVG. Der Staatssektor umfasst Zentralstaat, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen.



Schuldenstand in der EU zurückgegangen

Gemessen am BIP sank der öffentliche Schuldenstand im Euroraum von 97.2% (Ende 2020) auf 95.6% (Ende 2021) und in der EU von 90.0% auf 88.0%.

Für das Jahr 2021 wiesen insgesamt 14 der aufgeführten europäischen Staaten eine Bruttoschuldenquote von mehr als 60% des BIP auf. Für EU-Mitglieder (insbesondere Mitglieder des Euro-Systems) gilt gemäss den Maastrichter Konvergenzkriterien, dass diese Quote einen Wert von 60 % nicht überschreiten soll. Die höchsten Bruttoschuldenquoten wurden für Griechenland (194.6%), Italien (149.9%) und Portugal (125.4%) registriert. In Österreich belief sich die Bruttoschuldenquote auf 82.3% und in Deutschland auf 69.3%. Die niedrigsten Bruttoschuldenquoten wurden in Liechtenstein (0.5%) und Estland (17.6%) verzeichnet. Für die zwei EFTA-Staaten Island und Norwegen liegen keine Vergleichsdaten vor. In der Schweiz lag der Wert bei 27.5%.

Bruttoschuldenquote

Eine wichtige Kennzahl für die Beurteilung der öffentlichen Haushalte ist die Bruttoschuldenquote. Sie ist definiert als der Schuldenstand des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Der Schuldenstand des Staates entspricht dem Bruttoschuldenstand zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb und zwischen den einzelnen Teilsektoren des Staates. In der Definition von Maastricht umfasst der Schuldenstand Bargeld und Einlagen sowie Schuldtitel und Kredite. Nicht enthalten sind in dieser Abgrenzung insbesondere Verpflichtungen in Form von Anteilsrechten, Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen, Derivate und sonstige Verbindlichkeiten (Handelskredite und transitorische Passiva).